

Afrika-Komitee aktuell (Februar/März 2005)

Kampf gegen die Korruption in Angola

Brief an den Staatsanwalt in Genf

(English translation: below)

23. Februar 2005

Betrifft: Einstellung der Untersuchung wegen Korruption gegen Pierre Falcone (P/171/02)

Sehr geehrter Herr Zappelli,

Wir schreiben Ihnen bezüglich Ihres Entscheids, die Untersuchung gegen Pierre Falcone wegen Geldwäscherei, Unterstützung einer kriminellen Vereinigung sowie Bestechung fremder Amtsträger einzustellen; eine Untersuchung, die in Zusammenhang mit der Rolle als Zwischenhändler steht, die Pierre Falcone und sein Partner Arkadi Gayadamak sowie deren Firma Abalone Investment Ltd zwischen 1996 und 2000 bei der Umschuldung von Angolas Schulden gegenüber Russland spielte.

Wir sind der Ansicht, dass der Einstellungsentscheid dem öffentlichen Interesse widerspricht, die Schweizer Gesetze missachtet und die internationale Pflicht der Schweiz untergräbt, Korruption und Geldwäscherei zu bekämpfen.

Ihr Entscheid scheint auf dem Argument zu basieren, dass es weder Opfer noch Kläger gebe. Weil Russland sich nicht beklagt hat, dass seine Interessen durch den Abalone-Handel verletzt worden seien, haben Sie entschieden, dass kein Betrug begangen wurde. Ihr Entscheid geht mit keinem Wort auf die zentralen Anklagepunkte ein, weswegen die Untersuchung eröffnet wurde: Geldwäscherei, Unterstützung einer kriminellen Vereinigung und Bestechung fremder Amtsträger. Unseres Erachtens verlangt das Schweizerische Strafgesetzbuch, Art. 322^{septies} "Bestechung fremder Amtsträger" für den letzteren Tatbestand weder eine Beschwerde von Opfer noch Kläger, um strafrechtlich verfolgt und belangt werden zu können.

Im vorliegenden Fall gibt es klare Indizien für Korruption. Gemäss einer Serie von Geldverschiebungen, die vom Abalone-Konto No. CO-101436 auf der Genfer UBS-Filiale aus erfolgten, wurden Gelder der staatlichen angolanischen Erdölfirma Sanagol auf Konten im Namen hoher angolanischer Funktionäre transferiert, ebenso auf Konten im Namen von Pierre Falcone und Arkadi Gayadamak sowie auf Konten von Firmen, die Falcone gehörten, zum Beispiel Brenco Trading Ltd, und auf eine Reihe obskurer Offshore-Firmen (siehe Global Witness-Bericht *Time for Transparency* vom März 2004, S. 42-44). Ferner scheinen Gelder in der Folge via Zwischenkonten auf Konten verschoben worden zu sein, die auf die Namen von angolanischen Amtsträgern lauten, beziehungsweise in deren Namen verwaltet werden, darunter auch Präsident Dos Santos. Von insgesamt 774 Mio. US-Dollar, die zwischen 1997 und 2000 auf das Abalone-Konto einbezahlt wurden, scheinen nur 161 Mio. US-Dollar auf einem Konto des russischen Finanzministeriums gelandet zu sein.

Dazu liegen uns folgende Dokumente vor oder konnten von uns eingesehen werden:

- Eine Liste der Verschiebungen von 600 Mio. US-Dollar vom Abalone-Konto bei der UBS in Genf auf verschiedenste Konten.
- Ein Bericht der französischen Finanzpolizei vom 8.11.2003, der eine komplexe Kette von Transaktionen im August/Oktobre 1997 beschreibt, wonach Gelder auf Konten von drei in Panama registrierten Firmen Camparal, Dramal und Tutorial bei der Banque Internationale de Luxembourg (BIL) landeten, und zwar via Konten, die der Brenco Trading Ltd bei der Banque de Gestion Edmond de Rothschild gehörten. Gemäss dem französischen Polizeibericht sind die Nutzniesser der Firmen Dramal und Tutorial Pierre Falcone beziehungsweise der Angolaner Elisceo de Figueireido. Die verschobenen

Summen von insgesamt 98 Mio. US-Dollar stammten ursprünglich aus Genfer Konten und schlossen 48 Mio. vom Abalone-Konto bei der UBS ein.

- Eine Kopie eines von drei Bankangestellten in Luxemburg unterschriebenen Briefs vom 6.4.1998, der festhält, dass der Nutziesser der Konten bei BIL auf den Namen Camparal mit den Nummern 275748 und 275903 „ein Herr José Eduardo dos Santos – Luanda, Angola“ ist.

Trotz all dieser Dokumente scheint Ihr Einstellungsentscheid das Argument der Verteidigung zu akzeptieren, dass jene Gelder, welche vom Abalone-Konto in Genf auf Offshore-Konten im Namen angolischer Amtsträger transferiert wurden, „strategische Fonds“ in Zeiten eines Kriegs darstellten. Allerdings wurde keines der oben erwähnten Konten im Namen der Republik Angola eingerichtet und entsprechend kontrolliert: Alle waren vielmehr Privatkonten und die meisten davon in Offshore-Zentren.

In diesem Zusammenhang möchten wir Sie auf einen Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts vom 9.12.2000 aufmerksam machen, das über eine Beschwerde der Republik Kasachstan, von Präsident Nursultan Nasarbajew und die auf den Virgin Islands registrierte Firma Orel Capital Ltd befand (1P.581/2000).

In diesem Fall hielt das Bundesgericht fest, dass die auf einem Offshore-Privatkonto liegenden Gelder, von denen das Staatsoberhaupt Kasachstans behauptete, es seien öffentliche Fonds, nicht von vornherein als Staatsgelder betrachtet werden konnten, die aus legitimen Zwecken offshore deponiert worden waren. Das Gericht vermerkte die „höchst ungewöhnliche und komplexe Struktur, die den Verdacht aufkommen lässt, dass es sich nicht um eine gewöhnliche kommerzielle Transaktion handelte“ und fügte bei, „der Verdacht auf Geldwäscherei wurde verstärkt durch die ungewöhnliche Finanzstruktur, die geschaffen worden war, mit einer Vielzahl von kurzfristigen Konten und dem Dazwischenschalten verschiedener Briefkastenfirmen.“ (Übersetzung AFP)

Bezüglich der angolischen Umschuldung sehen wir eine ähnlich komplexe und undurchsichtige Struktur, mit der Verwendung einer Briefkastenfirma und verschiedenen andern dubiosen Firmen samt kurzfristigen Konten. Zudem belegen Dokumente, dass das angolische Staatsoberhaupt ebenso wie andere Amtsträger persönlich von diesen Transaktionen profitierte.

Eine weitere relevante Entscheidung hat das Schweizer Bundesgericht in Bezug auf den Fall des früheren nigerianischen Diktators Sani Abacha getroffen. Danach „stellte die von Sani Abacha und seinen Komplizen errichtete Struktur eine kriminelle Vereinigung dar, weil ihr Ziel darin bestand, öffentliche Gelder, die der Nationalbank von Nigeria gehörten, ebenso wie Gewinne aus korrupten Praktiken privaten Zwecken zuzuführen.“ (1A.215/2004, Übersetzung AFP)

Das Bundesgericht hielt ausdrücklich fest, dass eine Organisation, deren Zweck darin besteht, öffentliche Gelder wie auch Gewinne aus korrupten Praktiken privat abzuzweigen, eine kriminelle Organisation im Sinne von Paragraph 260/3 des Schweizer Strafgesetzbuches darstelle. Die selbe Argumentation kann auf den vorliegenden Fall angewandt werden.

Angesichts dieser Tatsachen bedeutet Ihr Einstellungsentscheid eine Ermutigung für politisch exponierte Persönlichkeiten, die in Korruptionsfälle verwickelt sind, ebenso wie für Zwischenhändler, weil die Genfer Justiz damit die Verschiebung von öffentlichen Geldern auf Offshore-Privatkonten als akzeptable Praxis anzusehen scheint.

Zudem hegen wir ernsthafte Bedenken gegen das Gewicht, welches Sie der Aussage eines „Experten“ zuweisen, wonach die von Abalone arrangierte Umschuldung beiden betroffenen Ländern gedient habe.

Wir haben grundsätzliche Einwände gegen das Zeugnis von Herrn Cosio-Pascal, weil er von Anwälten um seine Meinung befragt wurde, die für einen der Angeklagten, Herrn Malkin, tätig waren, und er deshalb nicht als unabhängig betrachtet werden kann; im Übrigen wurde keinerlei Zweitmeinung gesucht.

Ferner sind wir der Ansicht, dass es in diesem Fall nicht um die Frage geht, ob die Umschuldung als solche vordergründig ein legitimes Unterfangen darstellte. Vielmehr geht es darum, dass öffentliche Gelder Angolas von Abalones Konto bei der UBS in Genf entweder direkt oder indirekt auf Privatkonten von angolischen Amtsträgern sowie von Falcone, Gaydamak und deren Firmen transferiert wurden.

Aber auch bezüglich der Umschuldung würden wir Folgendes zu bedenken geben:

Warum hat die angolansische Regierung nicht selber ihr Öl offen verkauft und damit die Schulden gegenüber Russland zurückbezahlt? Warum wurde, wenn man sich schon für eine private kommerzielle Lösung entschied, eine Firma gewählt, die keinerlei Erfahrung auf dem Gebiet der Umschuldung und keinerlei Guthaben besass, statt beispielsweise eine Bank zu beschäftigen? Welches war das Fachwissen, das Abalone in diesen Handel einbrachte, abgesehen von der engen persönlichen Beziehung zwischen Pierre Falcone und dem angolansischen Staatspräsidenten? In welcher Hinsicht ging Abalone, als Gesellschaft mit keinerlei Guthaben, überhaupt ein kommerzielles Risiko ein? Um finanzielle Transaktionen durchführen zu können, war Abalone seinerseits auf Einnahmen von Sonangol angewiesen – eine höchst ungewöhnliche Konstruktion.

Insgesamt sind wir der Ansicht, dass Ihr Einstellungsentscheid ein verhängnisvolles Signal im internationalen Kampf gegen Korruption und Geldwäscherei aussendet, sowohl für die schweizerischen Strafbehörden im Allgemeinen wie Ihre Behörde im Besonderen.

In einem kürzlichen Artikel im Magazin des Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), der auch den Abalone-Fall erwähnt, heisst es: „Jahrzehntelang legten korrupte Diktatoren aus aller Welt ihre Milliarden unter anderem in der verschwiegenen Schweiz an. [...] Ihr übler Ruf begann das Image nachhaltig zu schädigen. So schuf die Schweiz ein weltweit einzigartiges System zur Aufdeckung von Potentatengeldern.“ (Schweiz global 1/2005, 4)

Ihr Einstellungsentscheid läuft den Bestrebungen der Schweiz diametral entgegen, den Ruf als Finanzzentrum wieder herzustellen, ebenso wie dem Bekenntnis der Schweiz zu Internationalen Initiativen zur Bekämpfung von Korruption und Geldwäscherei, etwa der Financial Action Task Force der OECD, des Übereinkommens des Europarats über Geldwäscherei sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten, der OECD-Konvention gegen die Bestechung ausländischer Amtsträger, sowie des Strafrechtsübereinkommens des Europarats über Korruption und der UN-Konvention gegen Korruption.

Aus all diesen Gründen sollte die vorliegende Untersuchung nicht eingestellt werden, und wir möchten Sie auffordern, den Entscheid nochmals zu überdenken. Andernfalls sind wir der Ansicht, dass Sie Ihre Pflicht im öffentlichen Interesse und bei der Verfolgung der Schweizer Gesetze verletzen.

Mit freundlichen Grüssen

Remo Gysin, Nationalrat (BS)

Pia Hollenstein, Nationalrätin (SG)

Stefan Howald, Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel

Jean-Claude Huot, Declaration de Berne, Lausanne

Jo Lang, Nationalrat (ZG)

Anne-Catherine Menétrey-Savary, Nationalrätin (VD)

Andreas Missbach, Erklärung von Bern, Zürich

Geri Müller, Nationalrat (AG)

Urs Sekinger, Solifonds, Zürich

Hansueli Stauffer, Afrika-Komitee, Basel

From Angola:

Luis Araujo, Coordenador da Direccao SOS-Habitat – Accao Solidaria

António Filipe Augusto, Professor de Linguística Inglesa no ISCED, Universidade A. Neto

Daniel José Domingos "Maluka", Deputado UNITA, Vice Presidente do G.Parlamentar

Jaime Janganga, Associação MALAMBA

Kinsukulu Landu Kama, Coordenador Coligação pela Reconciliação, Transparência e Cidadania (RTC)

Carlos Tiago Kandanda, Deputado UNITA

Emanuel Matondo, Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos (I.A.A.D.H. – Angolan Antimilitaristic Initiative for Human Rights), Berlin, Germany

Gilberto Neto, Journalist

Manuel Savihemba, Deputado UNITA

Alexandre Neto Solombe, Deputado UNITA

Carlos Gomes Sucami, Secretario Executivo Accao para o desenvolvimento, pesquisa e cooperacao internacional (ADPCI)

Vicente Tembo, Deputado UNITA

Lindo Bernardo Tito, Deputado do PRS, Presidente do G. Parlamentar

International:

William Bourdon, President of Association SHERPA

Henry Parham, Co-ordinator, Publish What You Pay

Simon Taylor, Director, Global Witness

Copy to:

Bundespräsident Samuel Schmid, Vorsteher VBS; Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin EDA; Eidgenössische Bankenkommission; Walter Fust, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit; Madame Martine Brunschwig Graf, Présidente du Conseil d'Etat; Paul Seger, Direktion für Völkerrecht; Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher BJ; Valentin Roschacher, Schweizerische Bundesanwaltschaft; Prof. Mark Pieth;

M. Dominique Perben, Ministère de la Justice, France; Mr Stuart Levey, Under Secretary for Enforcement, Office of Terrorism and Financial Intelligence, United States Department of the Treasury; Mr Juan C. Zarate, Assistant Secretary, Terrorist Financing, Office of Terrorism and Financial Intelligence, US Treasury; M Jean-Louis Fort, President, Financial Action Task Force on Money-Laundering; Mr Alain Damais, Executive Secretary, Financial Action Task Force on Money-Laundering; Mr Ryozo Himino, Secretary-General, Basle Committee on Banking Supervision; M. Patrick Moulette, Head of the Anti-Corruption Division, Directorate for Financial and Enterprise Affairs, OECD; Mr Wolfgang Rau, Secretary-General, Group of States Against Corruption;

Fight against corruption in Angola

Letter to the Prosecutor in Geneva, Switzerland

(English translation)

28th February 2005

Closure of corruption case P/171/02 against Pierre Falcone

Dear Mr Zappelli,

We are writing regarding your decision to close the investigation into charges of money-laundering, support for a criminal organisation and corruption of foreign public officials against Mr Pierre Falcone in relation to the intermediary role played by Mr Falcone and his partner Arcadi Gaydamak and their company, Abalone Investment Limited, in the rescheduling of Angola's debt with Russia from 1996-2000.

We believe that closure of this case is contrary to the public interest, does not uphold Swiss law and constitutes a derogation of Switzerland's international duties to fight corruption of foreign public officials and money laundering.

The closure of the case appears to be based on the argument that there are no victims or plaintiffs. Because the Russian Federation is not complaining of its interests being damaged by the Abalone deal, you have judged that no fraud can have been committed. The decision makes no reference to the central charges on the basis of which the investigation was initiated: money-laundering, support for a criminal organisation and corruption of foreign public officials. It is our understanding that the latter criminal act, as laid out in the Swiss Federal criminal code, Art. 322^{septies}, 'Corruption active d'agents publics étrangers', does not require a complaint from a victim or plaintiff for a criminal investigation to be pursued and for prosecution of charges by Swiss authorities.

There is clear evidence of corruption in this case. According to a list of transactions through Abalone's UBS Geneva account No. CO-101436 reproduced in Global Witness' March 2004 report **Time for Transparency**, funds from the Angolan state oil company Sonangol were transferred to accounts in the name of high-ranking Angolan officials, to accounts in the name of Falcone and Gaydamak or to companies owned by Mr Falcone such as Brenco Trading Limited, and to a series of obscure offshore companies. Funds also appear to have been subsequently transferred via intermediary accounts to accounts in the name of, or managed on behalf of, Angolan public officials, including President Dos Santos. Of a total \$774 million paid into the account during 1997-2000, it appears that only \$161 million went to an account marked Russian Finance Ministry.

Elements of evidence in the possession of, or viewed by, Global Witness (see **Time for Transparency**, pp. 42-44) are as follows:

- A copy of a list of transactions through Abalone's UBS Geneva account. Around \$600 million was transferred to accounts belonging to Falcone, Gaydamak and a series of obscure companies.
- A copy of report from the French Financial Brigade dated 8 November 2003 outlining a complex chain of fund transfers in August-October 1997 to accounts for three Panamanian registered companies at the Banque Internationale de Luxembourg (BIL), Camparal, Dramal and Tutorial via accounts belong to Brenco Trading Limited at the Banque de Gestion Edmund de Rothschild. According to the French police report, the beneficiaries of the Dramal and Tutorial were Pierre Falcone and Angolan official Eliseo de Figueireido

respectively. The transfers, totalling around \$98 million, originated from bank accounts in Geneva and included \$48 million from the Abalone UBS Geneva account.

- A copy of a letter signed by three bankers in 6 April 1998 stating that the beneficial owner of an account at BIL belonging Camparal with account numbers 275748 and 275903 was 'a Mr José Eduardo dos Santos – Luanda, Angola'.

Nevertheless, it appears that your decision to close the case accepts the defence argument that money transferred from Abalone's account in Geneva to offshore accounts belonging to Angolan officials constituted 'strategic funds' placed abroad in a time of war. This is despite the fact that none of the accounts referred to in the evidence outlined above were accounts set up in the name of the Republic of Angola and with appropriate controls: all were accounts in the personal name of Angolan officials, and most were located in offshore banking jurisdictions.

In this regard, we would also like to draw your attention to the 9 December 2000 judgement made by the Swiss Federal Tribunal in relation to an appeal by the Republic of Kazakhstan, President Nazabeyev and the company Orel Capital Ltd of the British Virgin Islands (1P.581/2000).

In the Kazakhstan case, the Swiss Federal Tribunal noted that funds held in a privately-owned offshore account, claimed by the head of state of Kazakhstan to be public money, could not be considered a priori to be state funds deposited for legitimate purposes. The Tribunal noted the 'highly unusual and complex structure adopted which gave reason to doubt that it served the purpose of ordinary commercial operations' and added: 'suspicions related to money-laundering were strengthened by the unusual character of the structures which had been created, referring to the multitude of transitional accounts and the interposition of a number of front companies' (Global Witness translation).

In the case of the Angolan debt restructuring, we can see an equally complex and opaque structure involving the use of an intermediary shell company and what appear to be several front companies and transitional accounts. Moreover, there is documentary evidence that the Angolan head of state (and other Angolan public officials) profited personally from this arrangement.

Another relevant decision by the Swiss Federal Tribunal was made in reference to the case of former Nigerian dictator Sani Abacha. (1A.215/2004). The Federal Tribunal stated that "the structure put in place by Sani Abacha and his accomplices constitutes a criminal organisation because its objective was to misappropriate for private use funds belonging to the Central Bank of Nigeria, as well as the profit from corrupt practices".

The Federal Tribunal explicitly stated that an organisation whose aim is to misappropriate state funds for private use as well as profit from corrupt practices is a criminal organisation in the sense of Article 260/3 of the Swiss Penal Code. The same argument can be applied to the Angolan case.

Despite these facts, your decision has drawn a contrary conclusion regarding the suspicious nature of transactions made through the Abalone structure. As such, it offers comfort to politically exposed persons involved in corrupt practices everywhere, and to their intermediaries, by implying that the Genevan justice system regards the transfer of public funds to personal bank accounts in offshore jurisdictions as an acceptable practice.

In addition, we have serious concerns regarding the weight given in your decision to evidence from an 'expert witness' that the debt-structuring arrangement using Abalone was of benefit to both countries.

Firstly, we have a priori objections to Mr Cosio-Pascal's testimony on the grounds that; (a) his opinion was commissioned by lawyers acting on behalf of Mr Malkin and hence cannot be considered to be truly independent; (b) no independent third-party opinion was sought by your office in relation to Mr Cosio-Pascal's testimony.

Secondly, we believe that the question of whether the debt rescheduling arrangement appeared to be, on paper, a legitimate restructuring process is not the central issue in this case. What is at issue

is the evidence of Angolan public funds being transferred from Abalone's UBS Geneva account to the personal accounts of Angolan officials either directly or via a series of intermediary accounts, or to accounts belonging to Messrs Falcone, Gaydamak or their companies.

However, in its own terms and even without extensive independent analysis, we would raise the following questions in relation to the debt restructuring arrangement:

- Why did the Angolan government itself simply not sell its oil through a transparent trading arrangement and pay back the Russian debt? In opting for a commercial solution, why would a responsible debt rescheduling process involve a company with no previous expertise in the field of sovereign debt rescheduling and with no assets rather than, for example, a bank with a capital base large enough to support the deal? Exactly what expertise did Abalone bring to this arrangement except for the close personal relationship of Mr Falcone to the Angolan President?
- In what sense was Abalone, as a company with no assets, taking a commercial risk in the arrangement? Effectively, in order to make any financial transactions, Abalone was dependent on revenues from Sonangol. As an assetless shell company, what exactly did Abalone risk?

Overall, we feel that your decision to close this case sends out an extremely troubling message regarding the commitment of Swiss law enforcement agencies in general, and your office in particular, to the international fight against the corruption of foreign public officials and money laundering.

An article in a recent edition of the Swiss Ministry of Foreign Affairs Bulletin, which makes direct reference to the Abalone case, states: 'Corrupt dictators the world over chose discreet Switzerland in particular during decades to place their billions [...] Their bad reputation began to seriously damage our image. This is why Switzerland created a system that is unique in the world to detect the assets of despots' (*La revue du Departement federal des affaires etrangères*, Edition 1/2005).

The decision to close the Abalone case appears to run directly counter to any such attempts to restore Switzerland's standing as a banking centre, and to Switzerland's adhesion to international anti-corruption and anti-money laundering initiatives and treaties such as the Financial Action Task Force, the Council of Europe Convention on Laundering, Search, Seizure and Confiscation of the Proceeds from Crime, the OECD Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions, the Council of Europe Criminal Convention against Corruption and the UN Convention Against Corruption.

For these reasons, we believe it is not in the public interest that this case be closed, and we would urge you to consider your decision. To do otherwise would represent a dereliction of your duty to represent the public interest and to ensure the enforcement of Swiss law.

Yours sincerely,

Remo Gysin, Nationalrat (BS)

Pia Hollenstein, Nationalrätin (SG)

Stefan Howald, Aktion Finanzplatz Schweiz, Basel

Jean-Claude Huot, Declaration de Berne, Lausanne

Jo Lang, Nationalrat (ZG)

Anne-Catherine Menétrey-Savary, Nationalrätin (VD)

Andreas Missbach, Erklärung von Bern, Zürich

Geri Müller, Nationalrat (AG)

Urs Sekinger, Solifonds, Zürich

Hansueli Stauffer, Afrika-Komitee, Basel

From Angola:

Luis Araujo, Coordenador da Direccao SOS-Habitat – Accao Solidaria

António Filipe Augusto, Professor de Linguística Inglesa no ISCED, Universidade A. Neto

Daniel José Domingos "Maluka", Deputado UNITA, Vice Presidente do G.Parlamentar

Jaime Janganga, Associação MALAMBA

Kinsukulu Landu Kama, Coordenador Coligação pela Reconciliação, Transparencia e Cidadania (RTC)

Carlos Tiago Kandanda, Deputado UNITA

Emanuel Matondo, Iniciativa Angolana Antimilitarista para os Direitos Humanos (I.A.A.D.H. – Angolan Antimilitaristic Initiative for Human Rights), Berlin, Germany

Gilberto Neto, Journalist

Manuel Savihemba, Deputado UNITA

Alexandre Neto Solombe, Deputado UNITA

Carlos Gomes Sucami, Secretario Executivo Accao para o desenvolvimento, pesquisa e cooperacao internacional (ADPCI)

Vicente Tembo, Deputado UNITA

Lindo Bernardo Tito, Deputado do PRS, Presidente do G. Parlamentar

International:

William Bourdon, President of Association SHERPA

Henry Parham, Co-ordinator, Publish What You Pay

Simon Taylor, Director, Global Witness

Copy to:

Bundespräsident Samuel Schmid, Vorsteher VBS; Bundesrätin Micheline Calmy-Rey, Vorsteherin EDA; Eidgenössische Bankenkommission; Walter Fust, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit; Madame Martine Brunschwig Graf, Présidente du Conseil d'Etat; Paul Seger, Direktion für Völkerrecht; Bundesrat Christoph Blocher, Vorsteher BJ; Valentin Roschacher, Schweizerische Bundesanwaltschaft; Prof. Mark Pieth;

M. Dominique Perben, Ministère de la Justice, France; Mr Stuart Levey, Under Secretary for Enforcement, Office of Terrorism and Financial Intelligence, United States Department of the Treasury; Mr Juan C. Zarate, Assistant Secretary, Terrorist Financing, Office of Terrorism and Financial Intelligence, US Treasury; M Jean-Louis Fort, President, Financial Action Task Force on Money-Laundering; Mr Alain Damais, Executive Secretary, Financial Action Task Force on Money-Laundering; Mr Ryoza Himino, Secretary-General, Basle Committee on Banking Supervision; M. Patrick Moulette, Head of the Anti-Corruption Division, Directorate for Financial and Enterprise Affairs, OECD; Mr Wolfgang Rau, Secretary-General, Group of States Against Corruption;